

NEIN ZUR VPOD-INITIATIVE

Gegen Verstaatlichung der Motorfahrzeug-Haftpflichtversicherung

Von Nationalrat Dr. Kaspar Meier, Luzern

SFP. - In den Zielsetzungen 1975 der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) ist festgelegt, dass dem Staat nicht immer mehr Aufgaben zu übertragen seien, die ebenso gut oder besser durch den einzelnen Bürger oder private Organisationen erfüllt werden können. Die Volksabstimmung vom letzten September-Wochenende gibt Gelegenheit, diesen liberalen Programmpunkt in die Tat umzusetzen. Die VPOD-Initiative verlangt, dass der Bund eine eigene Versicherung zur Deckung der Haftpflicht für Motorfahrzeuge und Fahrräder einrichte.

Die Initiative ist unnötig

Seit Bestehen der Versicherungspflicht erfüllen private Versicherungsgesellschaften die Aufgabe zur vollen Zufriedenheit. Der Bundesrat erklärt, er habe sich auf Grund von Studien überzeugt, dass die private, freie und soziale Marktwirtschaft besser in der Lage ist, die Aufgabe auch im Interesse der Versicherten zu lösen. Auch alle wichtigen Strassenverkehrsverbände - so der ACS und TCS - haben der Initiative eine klare Absage erteilt, weil eine verstaatlichte Versicherung absolut keinem Bedürfnis entspricht. Die Initiative wird zudem von allen bürgerlichen Parteien und vielen Berufsorganisationen (Angestellten-, Bauern-, Gewerbe-, Industrie und andere Verbände) eindeutig abgelehnt.

Die Initiative ist ein gefährlicher Schritt in Richtung Staatssozialismus

Den Befürwortern der Initiative, insbesondere den Linksextremen, welche das Begehren vehement unterstützen, geht es um eine völlige Umgestaltung unseres freiheitlichen Systems. Angestrebt wird eine grundsätzliche Veränderung unserer Gesellschaft. Wir lehnen diese Umgestaltung unserer bewährten freiheitlichen Ordnung ab. Es gibt genug Beispiele die zeigen, wohin Staatssozialismus führt.

Die Initiative würde Mehrkosten und eine Aufblähung des Staatsapparates verursachen

Massstab einer Monopolanstalt sind Gesetze und Verordnungen und nicht die Bedürfnisse der Versicherten. Eine staatliche Versicherung wäre starrer, dadurch weniger rationell und demzufolge auch teurer. Der Bund wäre gezwungen, einen neuen Verwaltungsapparat aufzubauen. Nach allen Erfahrungen müsste mit einer weiteren Aufblähung des Staatsapparates und damit mit zusätzlichen Aufwendungen gerechnet werden.

Die heutige Ordnung hat sich bewährt

Das gegenwärtige System gewährleistet dem Versicherten risiko- und kostengerechte Prämien. Der Automobilist hat ein Mitspracherecht bei der Wahl der Versicherung, aber auch - insbesondere durch seine Verbände - bei der Ausgestaltung der Versicherungsbedingungen. Eine genügende staatliche Aufsicht und Kontrolle ist gesetzlich sowie durch das Kartellrecht und eine spezielle paritätisch zusammengesetzte Konsultativkommission gewährleistet.

Es gibt ausser den Machtansprüchen des VPOD und seinen staatssozialistischen Bestrebungen kein Argument, das für die Unterstützung der Initiative spricht. Sowohl das Interesse der Automobilisten wie auch unser bewährtes freiheitliches System werden mit einem wuchtigen Nein am besten gewahrt.

13.9.1976